



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Gleichen, Heinrich von: Der Reichsgedanke

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Reichsgedanke

Von Heinrich Freiherr von Gleichen



Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß in heutiger Zeit auf einen deutschen Staatsmann, den Freiherrn vom Stein, von den verschiedensten Seiten aus hingewiesen wird. Man befinnt sich auf jenen Realpolitiker und patriotischen Idealisten, der vor hundert Jahren in Preußen ein liberales, positives Programm vertrat. So gibt Professor Arnold Berger in „Nord und Süd“ unter der Überschrift „Der moderne Staatsgedanke und der Freiherr vom Stein“ eine Darlegung des großzügigen und doch ungemein positiven Programms jenes Staatsmannes. Die Problemstellung des modernen Staatsgedankens ist in Verbindung mit Steins Wirken darin entwickelt. Danach hängt das politische Niveau eines Volkes davon ab, wie sehr Staatsform und Gesellschaft eine innere Einheit bilden. Stein hat wohl seinerzeit die reifste Vorstellung von den Möglichkeiten einer solchen Einheit gehabt. Kein Wunder, daß man auf ihn zurückgreift.

Stein wirkte, von patriotischer Inbrunst und Blut erfüllt, ohne Kunst und Gaben der Diplomatie für Preußens, für Deutschlands Erhebung. Er forderte, daß alle Schichten des Volkes an der Bildung des staatlichen Willens teilnehmen sollten, nicht als ein Recht, sondern als staatsbürgerliche Pflicht, die zur Voraussetzung allerdings eine planmäßige Erziehung des Volkes zu staatsbürgerlicher Reife verlangt.

Stein legte bei seinen Reformen den Grund zur verantwortlichen Mitarbeit des Volkes und seiner planmäßigen Erziehung dazu und baute in größten Zügen auf. Bei aller Abneigung gegen Revolutionäres scheute er sich auch nicht, seinerseits Fesseln, die das Verantwortungsempfinden und das kraftfreundige Schaffen des einzelnen Bürgers lähmen mußten, radikal zu lösen. Der Schwerpunkt lag dabei aber nicht in dem Befreiungsakt, sondern Stein

erstrebte vor allem, eine innerliche, politische Gebundenheit zu schaffen, die er in der ständischen Organisation und Verfassung versichert sah.

Der besondere Ausgangspunkt der damaligen Bewegung zur Erhebung Preußens und Deutschlands war die Aufgabe der Befreiung von fremder Unterdrückung. Es galt die moralischen Kräfte auszulösen, die im Kampf gegen Frankreich zum Siege führten. Denn nur dasjenige Volk vollbringt solche Tat, das in sich selbst geschlossen dasteht. Voll Vertrauen in eine bedeutende Bestimmung Deutschlands war Stein bei seinem Werk von dem Gedanken getragen, die Kräfte der einzelnen zu nationaler Gemeinschaftsarbeit zu lösen und zu binden. Durch die inneren politischen Maßnahmen jener Zeit wurden denn auch dem Vaterlande gewaltige Energien erschlossen, die dann voll zur Geltung kamen, als Deutschland positiv bedeutende Aufgaben gestellt erhielt. Ein halbes Jahrhundert nach Stein wurde die staatsrechtliche Formel für die alte historische Aufgabe der Einigung des Reiches gefunden. Eine neue Ära begann. Steins Zeit hatte dazu den wertvollsten Unterbau geliefert.

Bei der Schaffung des neuen Reiches war Preußen Bismarcks edelstes Instrument. Schon vor hundert Jahren hatten die Patrioten alle Hoffnung auf dies ruhmreiche Land gesetzt. Bismarck wie Stein wußten, was mit Preußen zu machen war. Bei aller Wertschätzung der Möglichkeiten, die Preußen für den Reichsgedanken gewährte, wußten sie allerdings auch, wo Grenzen lagen, Grenzen, die in alter Tradition militärischer Disziplin ihren Grund hatten. Friedrich Wilhelm der Erste immortalis! Preußische Einseitigkeit bedurfte des Ausgleichs. Deshalb erblickte man in der Verbindung von Nord und Süd, in der Verschmelzung von alldeutscher Kultur und preußischer Willenskraft die besondere Gewähr für eine bedeutende Entwicklung Deutschlands.

Es kam zur staatsrechtlichen Einigung im neuen Deutschen Reiche, doch mußte dessen staatsrechtliche Konstruktion, wie Bismarck selbst bemerkte, als ein Notbau gelten. Der innere Ausbau blieb eine politische Aufgabe der weiteren Entwicklung. Es erwies sich nun, daß bei Behandlung dieser Aufgabe Schwierigkeiten eintraten, die verschiedene Wurzeln hatten. Das Reich besaß keinen einheitlichen nationalen Charakter, und völkische Fremdkörper, deren Assimilationsprozeß sich nicht glücklich entwickelte, störten die Arbeit. Zudem bildeten sich kulturelle und wirtschaftliche Spaltungsvorgänge von bedeutungsvoller Kraft. Alle politischen Bemühungen dagegen, die darauf abzielten, den Reichsgedanken in demokratischer Weise zu entwickeln, ihm eine gleichmachende Kraft zu imputieren, können schon jetzt als ein folgenschwerer Irrtum angesehen werden. Naturgemäß fand dieser Irrtum seine vornehmste Vertretung in unserem eigentümlichen Parlamentsgebilde, das der organischen Fundierung in Geschichte und Gegenwart entbehrt.

In unserer heutigen Zeit kommen nun ernstern Betrachtern, trotz aller materiellen und theoretischen Errungenschaften der Neuzeit, tatsächliche Einbußen

an sittlichen Kräften immer mehr zum Bewußtsein. Zumal in politischer Beziehung erweckt diese Betrachtung schwere Bedenken. Das deutsche Volk wird von einer inneren Zerrissenheit beunruhigt, deren Wurzeln nicht klar zu erkennen sind. In der systematischen Heze von Demagogen können sie nicht allein liegen. Sie müssen organische Gründe haben. Die Pflichtmomente im Volksleben haben eine Abschwächung erfahren. Es zeigt sich, daß der Gemeinschaftsgedanke des Reiches weniger bedeutungsvoll für den Stand unserer politischen Gesundheit ist, und der Ausbau des Reichsgedankens auf keinem Wege ist, der vertrauensfreudig in die Zukunft blicken läßt. Die Befinnung auf partikulare Gemeinschaften scheint demgegenüber erforderlich zu sein, um einer teilweise sogar destruktiven Wirkung des Reichsgedankens in politischer Beziehung Einhalt zu gebieten.

Aus diesen Erwägungen heraus entwickelte sich in Hannover der Preußenbund, dessen Programm auch im östlichen Preußen starken Widerhall weckte. Einem Programm der Reichsverwaltung, das anscheinend darauf hinausgeht, demokratische Ansprüche und Möglichkeiten zu vermehren, ohne die Gewähr innerer sittlicher Hemmungen zu bieten, soll das Programm des preussischen Pflichtbewußtseins entgegengehalten werden. Der Preußenbund geht dazu auf partikulare Grundlage zurück. Die innige Verbindung mit der überkommenen Tradition, das Festhalten ihrer ideellen und materiellen Werte bedeutet auch in der Tat die gesunde Grundlage allen Staatsbürgertums. Klassengliederungen, organische Einfügungen in soziale Schichten gewähren innerliche und äußerliche Bindungen. Der Preußenbund hat mit der Meinung vollauf recht, daß der Gedanke eines einheitlichen Deutschen Reiches alle moralische Kraft verliert, wenn es nicht gelingt, die positiven partikularen Werte und Kräfte zu erhalten und im organischen Verbande zu stärken. Deshalb nahm der Preußentag eine Erklärung an, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß nur ein starkes, in der Entwicklung seiner Kräfte durch unitarische Fesseln nicht gehindert Preußen seinem deutschen Berufe gerecht werden kann.

Es ist jedoch auffallend, daß die programmatischen Erklärungen auf dem Preußentage wenig positiven Idealismus erkennen lassen. Wohl wird von den Treitschkeschen Worten der Ehrfurcht vor Gott und den Schranken, die die Natur den Menschen gesetzt hat, der Ehrfurcht vor dem Vaterlande, das dem Wahnbilde einer genteßenden, gelbzählenden Menschheit weichen soll, gesprochen. Spricht man jedoch von dem Mittel, wie die moralischen Eigenschaften unseres Volkes erhalten und die verlorenen wiederzuschaffen sind, so gilt als Hort aller politischen Sittlichkeit dem Preußenbunde die Autorität im Staate, und als höchstes Ideal die Schulung des Pflichtgefühls in Heer und Flotte*). Bei den

*) Der Zaberner Fall beweist wohl Kraft und Bedeutung der Disziplin, beweist aber gleichzeitig, welche verheerende Wirkung die Beschränkung auf dies eine Ideal dem Vertrauensverhältnis zwischen Volk und Regierung gegenüber ausübt.

ganzen Verhandlungen des Preußenbundes tritt aber niemand auf, der eine Erziehung des Volkes zu staatsbürgerlicher Reife fordert. Es wird von der Unreife der Wählermassen gesprochen, es wird von der Unreife der parlamentarischen Vertretung im Reich gesprochen, aber es wird kein Wort über das Mittel dagegen gesagt. Es ist durchaus eine Wendung zum Bösen zu nennen, wenn in der Autorität das erste und letzte Ideal des modernen deutschen Staatsbürgertums erblickt werden soll. Man besinne sich doch, wohin man treibt. Man spricht vom Mittelstand und dessen Vernachlässigung. Glaubt denn jemand im Preußenbund ernsthaft, daß solcher Appell im gewerblichen Mittelstand inneren Widerhall findet? Autoritätsglauben und Disziplin bessern ja auch keine politische Unreife. Dafür dürften die Weltgeschichte und die Geschichte Deutschlands einwandfreie Beweise genug liefern.

Der Preußenbund geht aber weiter und versündigt sich gegen sein eigenstes Prinzip. Als im Herrenhaus der Antrag des Grafen York angenommen wurde, wurde dem Ministerpräsidenten ein Mißtrauensvotum ausgesprochen. Es wurde damit ein demokratisches Aktionsmittel versucht, wie es der Preußenbund beim Reichstage aufs schärfste verurteilt. Hinter diesem Antrage steht offiziell oder nichtoffiziell der Preußenbund. Er erklärt sich jedenfalls mit solchem Vorgehen solidarisch.

Allen Ausgangspunkten des Preußenbundes gegenüber sei betont, daß es durchaus unbestritten bleibt, ja vielmehr eine heilige Überzeugung sehr vieler deutscher Patrioten bildet, daß die Erkenntnis der Einbußen an sittlichen Werten, an Idealismus im Volksleben überhaupt, zu einem Kreuzzug gegen alles Destruktive führen muß, wenn überhaupt noch Positives gewollt werden soll. Es bedeutet die unmittelbarste Aufgabe aller derjenigen, die sich politisch verantwortlich fühlen, für Stärkung der ideellen Güter unseres Volkes Sorge zu tragen. Es ist deshalb durchaus nötig, auf Tradition und Geschichte zurückzugehen. Vom Preußenbunde wird jedoch statt organischer Entwicklung der Tradition nur Reaktion verlangt. Und mit Obstruktion auf demokratischer Basis wird der Kanzler, der die Schwere der bisher ungelösten Aufgabe, Unität und Partikularismus organisch zu verbinden, voll empfindet, aber in ehrlichster Weise behandeln will, systematisch affrontiert.

Deshalb ist es gerade solchen Stellungnahmen gegenüber dringend erforderlich, daß auf Steins Programm und auf seine ethische und ideale Auffassung des deutschen Staatsbürgertums zurückgegangen wird. Steins Programm war konservativ im besten Sinne, indem es für Traditionen politische Garantien schaffen wollte, aber auch liberal und fortschrittlich im besten Sinne, da es Entwicklungen ermöglichte. Die Worte „liberal“ und „Fortschritt“ gelten heute in gewisser Weise als verwandt mit Verflachung und Entbindung von Verantwortung. Stein seinerseits wollte die Vermehrung der staatsbürgerlichen Rechte mit der Vermehrung der staatsbürgerlichen Verantwortung verbinden. Überall bei seinen Reformen war das Ziel klar, jedes Einzelglied des staatlichen Orga-

nismus zur Selbständigkeit, d. h. zur Fähigkeit der Selbständigkeit zu erziehen und die Pflichten der persönlichen Hingabe aus dem Mechanischen in das Bewußte zu erheben. Überall knüpfte Stein an die traditionellen Boden- und Berufsständigkeiten an, überall wurde das Historische mit moderner Entwicklungstendenz verbunden. Der Plan seiner Reichsstände ruhte auf dem Unterbau der Provinzialstände, Staats- und Selbstverwaltung reichen sich bei ihm die Hand.

Das Problem heißt heute wie damals: Unität und Partikularkraft in harmonische und organische Verbindung zu bringen. Die Steinschen Programme bringen, weil Stein in seltener Weise Realpolitik und Idealismus verband, auch der Neuzeit wertvollste Zielrichtung.

Das Reich hat gewaltige Aufgaben nach innen und nach außen. Der Reichsgedanke muß lebendig und stark bleiben. Dazu bedarf es des intensiven, organischen, inneren Ausbaues des Reichsgebäudes. Und das ist nur möglich, wenn man auf die im partikularen Verbands verantwortlich geschulten Einzelkräfte zurückgeht. Man verstärke die Kernfestigkeit des Reiches, indem man die Erziehung des Deutschen zum verantwortlich sich fühlenden preussischen, bayerischen, hanseatischen Staatsbürger befördere. Aber man sehe auch zu, die fehlenden organischen Verbindungen innerhalb der Reichsverwaltung und zwischen Reichsverwaltung und Partikularstaat herzustellen und zu verbessern. Man hüte sich, für den Reichsgedanken nur negatives Verständnis zu besitzen und man hüte sich, unter dem Motto: „Für Ideale!“ destruktive Demokratienpolitik zu treiben.

Wenn für die Aufgabe der Stärkung des staatsbürgerlichen Verantwortungsgefühls die bestehenden politischen Organisationen nicht entsprechendes Verständnis haben oder überhaupt versagen, so hätte in diese Lücke ein liberaler Preußenbund einzutreten, dem zur Seite jedoch ein Bayernbund, ein Thüringerbund und andere politische Partikularverbände stehen müßten. Sie alle hätten die Vertiefung des politischen Staatsbürgertums im partikularen Verbands zur Aufgabe. Dadurch wäre die beste Grundlage für die Möglichkeit eines inneren Ausbaues des Reichsgedankens zu schaffen.

Es bestehen bedeutende Aufgaben für das Reich. Wie soll Frische und Energie sich dafür einsetzen, wenn Kompetenzkonflikte und Obstruktion sich allem redlichen Bemühen dauernd entgegenstemmen? Kraft und Schwung für die Aufgaben des Reiches und liebevolle Pflege der kleinsten Zelle im Rahmen der Partikularverbände, das sind die Voraussetzungen für eine glückliche, fortschreitende Entwicklung Deutschlands. Aller politischer Idealismus zugunsten der Einheit und Macht unseres Volkes muß sich auf Verantwortung und Vertrauen begründen, wenn Berechtigtes und Wertvolles geschaffen und Erlösung von unheilvollem Banne gebracht werden soll.

